

Demokratischer Sozialismus?

Autor(en): **Schobinger, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **30 (1950-1951)**

Heft 12

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159887>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS ?

VON WERNER SCHOBINGER

I.

Seitdem im Jahre 1935 der berüchtigte «Diktaturparagraph» aus dem sozialistischen Parteiprogramm ausgemerzt worden ist, was bekanntlich nicht ohne lange und harte parteiinterne Auseinandersetzungen und Kämpfe vor sich ging, besonders aber seit der Proklamation des Programms «Neue Schweiz» im Dezember 1942 gehört das Thema vom «Demokratischen Sozialismus» zu den ausgesprochenen und bevorzugten Lieblingsgegenständen der sozialistischen Publizistik in der Schweiz. Mag schon dieser in zahlreichen Artikelserien aus zentraler Küche zum Ausdruck kommende Eifer in der Proklamierung des bis anhin nicht näher definierten «Demokratischen Sozialismus» verdächtig erscheinen, so muß noch besonders auffallen, daß das Manifest «Neue Schweiz» sorgfältig und offenbar nicht ohne Absicht ein formelles und verbindliches Bekenntnis zur eidgenössischen Demokratie vermeidet, obwohl doch der programmatische Ingreß dazu genügend Gelegenheit geboten hätte. Denn dort, wo dieses Bekenntnis zur Demokratie seinen ordentlichen Platz haben sollte, heißt es, daß «aus diesem Krieg und aus der Not dieser Zeit» das entstehen müsse, was früher unerreichbar erschienen sei, nämlich «die Gemeinschaft des arbeitenden Volkes, die auf sozialistischer Grundlage Staat und Wirtschaft einer neuen Schweiz aufbauen» werde.

Wie es sich für eine sozialistische Partei geziemt, ist für ihr Manifest also die «sozialistische Grundlage» als Ausgangspunkt maßgebend, und dies bleibt auch primär zu beachten, wenn es dann weiter bei den «Leitsätzen zur Revision der Bundesverfassung» heißt, daß der Bund «auf freiheitlich-genossenschaftlicher Grundlage des Volkes Wohlfahrt und Kultur sowie die persönlichen Freiheits- und die politischen Volksrechte» zu gewährleisten habe und zudem erklärt wird, es sei «die Demokratie mit ihren persönlichen Freiheits- und politischen Volksrechten unter Gleichberechtigung von Mann und Frau zu sichern und durch die Ausbildung genossenschaftlicher Organisationsformen auch auf das Wirtschaftsleben auszudehnen», wobei diese «demokratische Gemeinwirtschaft» sich «kommunal, regional

und national in Selbstverwaltungskörpern» aufbauen und «die Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft» beseitigen werde.

An Berufungen und Hinweisen auf die Demokratie fehlt es also keineswegs; aber so schön sich solche Formulierungen anhören lassen mögen, so berechtigt ist die Skepsis, die aufsteigen muß, wenn man in diesem Zusammenhang liest, daß die Verwirklichung dieser Absichten «die Übernahme der politischen Macht durch das arbeitende Volk» voraussetze. Der Begriff der Machtübernahme ist doch ein durchaus exklusiver, der sich ausschließlich auf die Übernahme und Ausübung der Macht durch eine einzige, geschlossene Partei, Gruppe oder Klasse bezieht und dem demokratischen Begriff von der «Mitregierung» und von der «Teilung der politischen Macht» praktisch keinen Spielraum mehr läßt; dabei ist klar, daß die «Neue Schweiz» unter «arbeitendem Volk» die Sozialistische Partei verstanden wissen will, da diese ja stets den — übrigens durchaus ungerechtfertigten — Anspruch erhebt, die alleinige legitime Vertreterin des arbeitenden Volkes auf politischem Boden zu sein. In dieser Richtung deuten übrigens auch die Kommentare der prominentesten Promotoren der «Neuen Schweiz». So erklärte Nationalrat Dr. Oprecht, der Präsident der SPS, im März 1943 an einer in St. Gallen abgehaltenen Propagandaveranstaltung für die «Neue Schweiz»:

«Die sozialdemokratische Partei will in der Schweiz regieren, und das Manifest «Neue Schweiz» soll den Weg zur Macht frei machen».

Das tönt schon nicht mehr ganz demokratisch und verrät den zielbewußten Willen zur alleinigen Machtausübung durch die sozialistische Partei, unter Ausschaltung der übrigen politischen Kräfte. Und derselbe führende Parteipolitiker, der wohl als einer der Väter und Hauptpromotoren der «Neuen Schweiz» bezeichnet werden kann, griff diesen Gedanken unter dem Stichwort «Die neue Schweiz» im Aprilheft 1943 der «Roten Revue» erneut auf, allerdings in einer etwas vorsichtigeren, weniger rhetorischen Formulierung, die aber dennoch deutlich genug ist:

«Wir erklären damit offen und unzweideutig: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz führt mit diesem Manifest den Kampf um die Mehrheit im Volk. Sie ist bereit, die politische Macht im Rahmen einer neuen Volksmehrheit zu übernehmen. Ihr Manifest zur neuen Schweiz soll den Weg für die SPS frei machen»¹⁾.

¹⁾ Rote Revue, Sozialistische Monatsschrift, 22. Jahrgang, Nr. 8 vom April 1943, pag. 274. Genossenschaftsdruckerei Zürich.

Hier wird also die Kulisse des «arbeitenden Volkes» bereits als überflüssig beiseite geschoben und offen erklärt, die Übernahme der Macht solle durch die Partei erfolgen, und das Manifest «Neue Schweiz» habe den «Weg für die SPS» frei zu machen. Wohl verpflichtet sich Nationalrat Dr. Oprecht mit dem Manifest auch in diesem Zusammenhang auf den «demokratischen Weg», aber er will diese Verpflichtung offensichtlich eben nur auf den *Weg* bezogen wissen, wenn er weiter schreibt:

«Für die SPS gilt nur der demokratische Weg, der in der Richtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung auch der Arbeiterschaft den Weg zur Macht öffnen wird»²⁾).

Hier muß dem unbefangenen, aber bedingungslos auf die eidgenössische Demokratie nicht bloß als *Weg*, sondern als politischen Lebensstil der Volksgemeinschaft im staatlichen Raume verpflichtete Leser doch bereits die Frage auftauchen, welcher Weg dann weiterhin beschritten werden soll, wenn der demokratische «Weg zur Macht» geöffnet und sein vorläufiges machtpolitisches Ziel der «Übernahme der Macht durch die SPS» erreicht haben würde. Und erst die Untersuchung dieser entscheidenden Frage erlaubt eine sichere Beurteilung der Hauptfrage nach dem «demokratischen Sozialismus», der uns seit Jahren so intensiv vorgespiegelt wird.

*

«Kein Zweifel — die schweizerische Arbeiterschaft und mit ihr die Sozialdemokratische Partei stehen in einer Krise. . . Es wäre sinnlos, die Krise leugnen zu wollen, und es hieße den Kopf in den Sand stecken, es zu tun», dieses Wort stammt vom heutigen Nestor der Sozialdemokratischen Partei, ja der sozialistischen Bewegung in der Schweiz, Nationalrat Robert Grimm, der es an den Anfang eines Aufsatzes «Ziel und Weg» in der September/Oktobernummer 1/2 der «Roten Revue» 1943 schrieb, als die Partei daran ging, am Winterthurer Parteitag vom 4./5. September 1943 auf der Basis des Manifestes «Neue Schweiz» die Plattform für die Nationalratswahlen des Jahres 1943 zu zimmern und von dieser Plattform aus den «Weg zur Macht» unter die Füße zu nehmen. Es kam dann bekanntlich anders, denn nach dem geringen Teilerfolg bei den Nationalratswahlen 1943 brachten die Nationalratswahlen 1947 einen ernsthaften Rückschlag, dem bald auch der Abbröckelungsprozeß in den Kantonen folgte, nachdem schon vorher, am 18. Mai 1947, die sozialistisch-gewerkschaftliche Verfassungsinitiative für «Wirtschaftsreform und Rechte

²⁾ a. a. O., pag. 275.

der Arbeit», welche den Weg für die Verwirklichung der «Neuen Schweiz» hätte ebnen sollen, von Volk und Ständen mit 539 244 Nein und sämtlichen Standesstimmen gegen 244 792 Ja wuchtig und demonstrativ bachab geschickt worden war, wobei noch festzuhalten ist, daß die SPS für diese Initiative nicht einmal mehr die von ihr bei den Nationalratswahlen 1943 erreichte Stimmenzahl aufbrachte. Diese Entwicklung kennzeichnet die von Robert Grimm signalisierte Krise auch nach außen hin mit aller Deutlichkeit, aber es wäre zweifellos falsch, ihre Ursachen nur auf die Abspaltung der kommunistischen Partei der Arbeit zurückzuführen, denn als Grimm das zitierte Wort prägte, hatte diese Abspaltung noch gar nicht stattgefunden und überdies ist sie auch gar nicht die Ursache, sondern vielmehr eine Folge jener Krise.

Die Ursachen dieser weltweiten Krise des Sozialismus, die sich keineswegs nur auf die sozialistische Bewegung in der Schweiz beschränkt, sondern allgemeiner Natur ist, liegen viel tiefer. Sie liegen in der Vielgesichtigkeit und immanenten Gegensätzlichkeit des Sozialismus selber. Auf diese Vielgesichtigkeit und immanenten Gegensätzlichkeiten des Sozialismus hat vor allem auch Theodor Bauer hingewiesen durch die Aufzählung von nicht weniger als zwanzig gegensätzlichen Begriffspaaren von «Sozialismen», ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben³⁾.

Auf solche Gegensätzlichkeiten stößt man immer wieder, ob man den Sozialismus vom marxistischen Grunddogma der materialistischen Geschichtsauffassung her betrachtet oder von der Marx'schen Mehrwerttheorie an seine Wirtschaftslehre herantritt, ob man von der Klassenkampftheorie zur Verelendungstheorie fortschreitet oder ob man den von Bernstein ausgehenden Reformismus dem marxistischen Radikalismus gegenüberstellt.

Bei aller Begrenzung des Themas auf schweizerische Verhältnisse läßt sich eine *grundsätzliche* Untersuchung des Verhältnisses von Sozialismus und Demokratie aber schon deswegen nicht vermeiden, weil die Wurzel des Sozialismus in der Schweiz von deutschen Marxisten in unseren helvetischen Boden gepflanzt worden ist und bis heute ihren marxistischen Charakter nicht verloren oder aufgegeben hat, während die Einflüsse des utopischen und des französischen Sozialismus kaum spürbar sind und die englische Labour-Bewegung nur in sehr schwierig abzugrenzendem Ausmaß auf die Entwicklung des schweizerischen Sozialismus eingewirkt hat. Es kann im Ernste nicht bestritten werden, daß der Sozialismus in der Schweiz sowohl als dialektischer Materialismus wie als materialistisch-atheistische Weltanschauung, als klassenkämpferisch-revolutionäre

³⁾ Theodor Brauer: Der moderne deutsche Sozialismus. Freiburg i. B. 1929.

Bewegung auf wirtschaftlichem und politischem Boden wie auch als organisierte sozialistische Partei grundsätzlich von Marx/Engels und ihrem Kommunistischen Manifest ausgeht, in den Grundlagen durchaus marxistisch ist und bleibt und bis in die allerjüngste Zeit hinein entscheidend durch die Entwicklung des deutschen Sozialismus und des Austromarxismus beeinflusst und geformt wurde. Das im einzelnen beweisen zu wollen, wäre zwar nicht schwierig, aber raum- und zeitraubend — und hieße zudem Eulen nach Athen tragen⁴). Es bleibt also die Frage zu prüfen, in welchem Verhältnis der Marxismus in ideologischer, wirtschaftlich-sozialer und politischer Hinsicht sich zur Demokratie nach schweizerischer Auffassung verhält und wie infolgedessen die Frage nach dem «Demokratischen Sozialismus» zu beantworten ist. Diese Antwort muß sowohl grundsätzlich als auch aus der Praxis heraus gefunden werden, wobei hier vor allem auf die Verhältnisse in der Schweiz Bezug genommen werden soll und Hinweise auf ausländische Beispiele nur insofern erfolgen werden, als sie auch für unsere Situation von Bedeutung sind, weil ihnen grundsätzlicher Charakter zukommt.

II.

Infolge der bereits erwähnten Vielgesichtigkeit und den immanenten Gegensätzlichkeiten im Sozialismus wird man dessen Stellung zu den Faktoren seiner Umwelt und den Gegebenheiten antagonistischer gestaltender Kräfte nie erfassen können, wenn man nicht primär den grundlegenden Doktrinen des Marxismus, nämlich der materialistischen Geschichtsauffassung, dem dialektischen Materialismus nachgeht. Es würde zu weit führen, hier der von durch Marx und Engels — vor allem auch unter Berufung auf Feuerbach — vorgenommenen Verpflanzung der Hegel'schen Geschichtstheorie mit ihrem dialektischen Werdeprozeß auf dem Boden des Materialismus nachzugehen. Es seien hier lediglich die fünf entscheidenden Kernsätze der für den Marxismus grundlegenden materialistischen Geschichtsauffassung festgehalten. Diese fünf Sätze können wie folgt formuliert werden: 1. Es gibt keinen Dualismus von Geist und Materie, alles was existiert, ist nur Materie oder eine durch die bewegte Materie entstandene Entwicklungsform — oder wie Engels es formuliert: «Der Geist ist selbst nur das höchste Produkt der Materie» (in Ludwig Feuerbach). 2. Die materiellen Produktionsverhältnisse sind die letzte Quelle, aus der alle «Ideologie hervorgeht» — oder anders

⁴) Vgl. dazu Robert Grimm: Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz. Oprecht & Helbling, Zürich 1931, sowie Ernst Schenker: Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz. Diss. Anzeiger-Druckerei, Appenzell 1926.

ausgedrückt, die materiellen Produktionsbedingungen, die wirtschaftlichen Verhältnisse bilden die Grundlage aller Gesellschaftsordnung und mit den «Veränderungen der Produktions- und Austauschweise» ändert sich auch allmählich der ganze soziale, politische, rechtliche, sittliche, philosophische und religiöse «Überbau», wie Marx diese seine Doktrin selber formuliert hat im Vorwort zu seiner «Kritik der politischen Ökonomie». 3. Es gibt keine unwandelbaren philosophischen, politischen, religiösen usw. Ideen, denn alles ist in einem unaufhörlichen Wechsel und Werden begriffen, womit sich Satz drei lediglich als Konsequenz aus Satz zwei erweist. 4. In diesem steten Entwicklungsprozeß sind die materiellen Produktionsbedingungen die bestimmende, ausschlaggebende Triebkraft. 5. Alle gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich durch Ausbildung von wirtschaftlichen Gegensätzen und Klassenkämpfen.

An diesen fünf grundlegenden Doktrinen, welche als Ganzes genommen die ideologische Struktur des marxistischen Sozialismus bilden, und auf denen das ganze Gerüst des «wissenschaftlichen Sozialismus» ruht, ist dessen Verhältnis zur Demokratie zu messen und zu beurteilen. Satz Nr. 1 — der übrigens in etwas anderer Formulierung geradezu die ideologische Grundlage des «Kommunistischen Manifests» bildet, ist nach Engels eigenem Geständnis (in Ludwig Feuerbach) «natürlich reinster Materialismus». Indem er die Existenz eines selbständigen menschlichen Geistes leugnet, leugnet er auch eine entscheidende Grundlage der Demokratie nach schweizerischer Auffassung, nämlich die freie, sittlich verantwortungsbewußte menschliche Persönlichkeit. Satz Nr. 2 — und in Konsequenz davon logischerweise auch Satz Nr. 3 verweist die Demokratie wie alle übrigen Ideen und Anschauungen lediglich in die Aschenbrödelrolle des sich mit dem Produktions- und Tauschverhältnisse wandelnden «Überbaues». Ohne die Entwicklungs- und Wandlungsfähigkeit der Demokratie an sich irgendwie leugnen zu wollen, muß diese Deutung doch grundsätzlich abgelehnt werden, und zwar gerade vom schweizerischen Standpunkt aus, denn sonst müßte man ja auch die «Entwicklung» der Demokratie zur «Diktatur des Proletariats» im Zuge der wirtschaftlichen Veränderungen anerkennen und einen solchen Zustand dann immer noch als Demokratie bezeichnen! Hier liegt übrigens ein Hauptgrund, warum in sozialdemokratischen Parteiprogrammen die Forderung nach der «Diktatur des Proletariats» erhoben und so lange beibehalten werden konnte. Die reale Konsequenz aus diesem nur scheinbaren Gegensatz ist überall dort gezogen worden, wo die Demokratie «alter» Provenienz zur «Volksdemokratie» umgebogen und zur allein wahren «Demokratie» erhoben worden ist. Satz Nr. 4 schaltet die menschliche Freiheit, die Freiheit der menschlichen Willensbildung und Willensbestimmung aus der Geschichtsbetrachtung fast

völlig aus und würdigt die freie menschliche Persönlichkeit zu einem Rädchen in der sich nach notwendigen und unabänderlichen Gesetzen bewegendem Weltmaschine herab. In seinem Rahmen erscheint die Demokratie mit ihrem freien, mitbestimmenden Entscheidungsrecht des Menschen auch über wirtschaftliche Dinge und Entwicklungen völlig unmöglich. Satz Nr. 5 schließlich erhebt das Prinzip des Klassenkampfes und damit der sozialen Revolution zum marxistischen Dogma — und zum beherrschenden Prinzip der menschlichen Entwicklung in der Geschichte überhaupt. Seine letzte Konsequenz mündet in die revolutionäre Gewaltanwendung, in die Vernichtung oder doch Ausschaltung der übrigen Klassen und in die Errichtung einer umfassenden Diktatur des Proletariats als alleinherrschender Klasse. Daß dieses Prinzip mit den Grundanschauungen der schweizerischen Demokratie mit ihrem Schutz der Minderheiten, ihrem Prinzip der Zusammenarbeit und der Mitregierung nicht vereinbar ist, braucht wohl kaum besonders nachgewiesen und dargelegt zu werden.

Es kann daher im Ernste kein Zweifel bestehen, daß der Marxismus in seinem tiefsten Wesen, wie in seinen konkreten Zielen *undemokratisch* ist; er ist es wegen seiner entwürdigenden Auffassung vom Menschen und seiner Leugnung der menschlichen Freiheit, die er ja ebenso wie den menschlichen Geist nur als «Überbau» des Ökonomischen und als dessen Wandlungen unterworfen gelten lassen will, und er ist es nicht zuletzt wegen seiner Klassenkampflehre, die in ihren logischen Konsequenzen zur gewaltsamen, revolutionären Machtübernahme einer einzigen Klasse, eben zur Diktatur des Proletariats führt. Aus diesen letztlich entscheidenden Gründen hat sich ein so durchgeistigter, der menschlichen Freiheit und der sittlichen Verantwortung der Persönlichkeit so verschworener Kämpfer wie Charles Péguy wieder vom Sozialismus abgewandt, weil er erkannte, daß die großen Entscheidungen nicht auf den Feldern der Politik oder der Wirtschaft, sondern auf geistiger Ebene ausgefochten und getroffen werden. Péguy ist nur eines, wenn auch vielleicht das hervorragendste und prominenteste Beispiel jener zahlreichen Geister der neueren Zeit, die sich nach einem von utopischem Glauben an die sozialistischen Zukunftsvisionen genährten Übergang zum Sozialismus später wieder von diesem abwandten, weil sie erkannten, daß er keineswegs die vorgespiegelte Freiheit und ebenso wenig die Überwindung menschlicher Not und menschlichen Elendes zu bringen vermag, sondern wegen der Unmenschlichkeit seiner materialistischen Geschichtsauffassung die Menschen zutiefst entwürdigt, sie ihrer geistigen Freiheit beraubt und sie der höchsten Werte ihrer sittlichen Persönlichkeit entkleidet und so noch tiefer in Not und Elend hineinstößt. Charles Péguy ist begreiflicherweise nicht vom Standpunkt der Demokratie oder des Demokraten in unserem Sinne an dieses Problem herangetreten, aber

er trat vom höheren Standpunkt der metaphysischen Freiheit an die Frage heran und erkannte so die ungeheure Gefahr, welche dem menschlichen Geist und der menschlichen Freiheit vom materialistischen Monismus her drohte, und zog daraus die einzig mögliche Konsequenz: er wandte dem jahrelang verfochtenen Sozialismus entschlossen den Rücken! Das ist für unsere Fragestellung insofern bedeutungsvoll, als die Demokratie nach schweizerischer Auffassung der metaphysischen Begründung der menschlichen Freiheit und der immateriellen menschlichen Geistigkeit nicht entbehren kann, da unsere Demokratie wesentlich und unabdingbar auf der geistig-sittlichen Persönlichkeit des Menschen aufbaut und ihre Entscheidungen in die Hand der frei wählenden und frei mitbestimmenden Persönlichkeit legt⁵⁾.

III.

Was die *wirtschaftliche Seite* der Frage nach dem «Demokratischen Sozialismus» anbelangt, so können hier längere Erörterungen unterbleiben, da dieses Problem unlängst von Prof. Dr. *W. A. Jöhr* in seiner Schrift «Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?» gründlich untersucht worden ist. Allerdings irrt Jöhr, wenn er annimmt, der Sozialismus habe «seine Kraft seit jeher aus ethischen Motiven geschöpft», und es sei in diesen Motiven «säkularisiertes Christentum» zu erblicken, genau so wie es ein Irrtum ist, wenn in Kreisen idealistischer Sozialisten der Glaube herrscht, die Verwirklichung des Sozialismus werde «die freie Entwicklung eines jeden als Vorbedingung für die freie Entwicklung aller», ja sogar das Verschwinden des Staates als «Haupturheber der Freiheitsbeschränkungen» mit sich bringen. Der Irrtum geht auf die materialistische Geschichtsschreibung zurück, welche den Staat eben nur als «Überbau» des ökonomischen gelten lassen will, genau so wie alle soziale, politische, rechtliche, sittliche, philosophische und religiöse Ordnung bzw. Ideologie, so daß diese vermeintlich auf der Basis der Produktionsbedingungen aufgebauten Ordnungen mit dem sozialistischen Umbau der Basis zum Einstürzen und zum Verschwinden kommen würden. Nur so ist auch das bei Jöhr abgedruckte Zitat von Engels zu erklären: «Mit dem Staat verschwinden seine Repräsentanten: Minister, Parlamente, stehendes Heer, Polizei und Gendarmen, Gerichte,

⁵⁾ Vgl. dazu die ausgezeichnete Studie über «Charles Péguy, vom Sozialismus zur christlichen Weltanschauung» von Elsbeth Gremminger, die als Band 7 der von Dr. Jakob David herausgegebenen Monographienreihe «Kämpfer und Gestalter» im Verlag Otto Walter AG., Olten, erschienen ist (1949). Die sehr lehrreiche Studie vermittelt uns ein lebensnahes und überaus eindruckliches Bild vom kampfreichen Lebensweg Péguy's und spürt insbesondere den metaphysisch-philosophischen Motiven nach, die Péguy zuerst zum Sozialismus hin- und dann wieder radikal von diesem wegführten.

Rechts- und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, die Steuer- und Zollverwaltung, mit einem Wort: der ganze politische Apparat. Kasernen und sonstige Militärbauten, Justiz- und Verwaltungspaläste, Gefängnisse usw. harren jetzt einer besseren Bestimmung. Zehntausende von Gesetzen, Erlassen und Verordnungen werden Makulatur...».

Es hätte nicht erst der Erfahrung bedurft, daß mit der Verwirklichung der marxistischen Lehren in verschiedenen Staaten nicht weniger Staat, Verwaltung, Kasernen, Gefängnisse usw., sondern immer mehr davon die Folge ist, denn dieses Resultat war ohnehin vorauszusehen, weil die als Ausgangspunkt dienende Grundthese des dialektischen Materialismus eben falsch ist und deshalb nicht zur Freiheit führen kann, sondern den totalitären Terror zeugen *muß*. Daß trotz diesen logischen Konsequenzen aus den Grundthesen der materialistischen Geschichtsauffassung und trotz den durch die Erfahrung erhärteten Folgen immer noch solche Widersprüche möglich sind, liegt einerseits in der bereits mehrfach erwähnten Vielgesichtigkeit und immanenten Gegensätzlichkeit des Sozialismus selber, andererseits aber auch in der oft mangelhaften und zu wenig gründlichen Untersuchung seiner weltanschaulich-philosophischen Grundlagen durch seine Betrachter, — und schließlich nicht zum geringsten Teil in den so hervorgerufenen Begriffsverwirrungen um «Sozialismus und Freiheit». Es kann eben nie genug betont werden, daß die Freiheit (und mit ihr die Demokratie!) letzten Endes ein metaphysisches Problem ist; während andererseits die wirtschaftliche Lehre des Sozialismus in ihrer Ganzheit nur aus der materialistischen Geschichtsauffassung heraus verständlich wird.

Es ist das Verdienst von Jöhr, daß er im Einzelnen nachgewiesen hat, wie jegliche sozialistische Ordnung im wirtschaftlich-sozialen Bereich, handle es sich um eine solche umfassender oder nur partieller Natur, um eine mit oder ohne zentrale Leitung, immer zu graduell verschiedenen Freiheitsbeschränkungen für die in der Wirtschaft Tätigen führt, welche Freiheitsverluste nicht durch anderweitige Freiheitsgewinne kompensiert werden. Unter der Fülle der dafür von Jöhr angeführten Belegen sei hier nur ein Zitat aus Schumpeters «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie» (Bern 1946) herausgegriffen:

«Letzten Endes bedeutet die wirksame Leitung der sozialistischen Wirtschaft nicht die Diktatur durch, sondern über das Proletariat in den Fabriken».

Das kann doch nichts anderes bedeuten, daß die von der «Neuen Schweiz» propagierte «Ausdehnung der Demokratie auf das Wirtschaftsleben» gerade von den Sozialisten in ihrer sozialistischen Wirtschaftsordnung als Utopie betrachtet und lediglich als demokratisches Aushängeschild behandelt wird. Schumpeter hat damit übrigen

lediglich für unsere Zeit und auf Grund der Erfahrung das festgestellt, was Kautzky in seiner Schrift «Am Tage nach der sozialen Revolution» (1903) schon vor bald 50 Jahren zugab:

«In einer kommunistischen Gesellschaft wird die Arbeit planmäßig reguliert, werden die Arbeitskräfte den einzelnen Zweigen nach einem bestimmten Plan zugewiesen».

Das gilt natürlich nicht nur für die kommunistische, sondern für jede sozialistische Planwirtschaft, wie es denn auch im dritten Leitsatz der «Neuen Schweiz» in vielsagender Weise heißt:

«Arbeitsrecht und Arbeitspflicht dienen der Förderung der Produktion auf Grund demokratischer Arbeitsdisziplin».

Was hinter dieser Formulierung steckt, läßt sich bei Schumpeter am schon zitierten Orte nachlesen, wobei es keiner besonderen Phantasie bedarf, um die Nutzenanwendung zu ziehen:

«Ich kann mir meinteils — unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft — eine sozialistische Organisation in keiner anderen Form als der eines riesigen und allumfassenden bürokratischen Apparates vorstellen».

All' das untermauert Jöhrs Schlußfolgerung, daß ein freiheitlicher Sozialismus in Wirklichkeit nicht möglich ist und daß jede Verwirklichung des Sozialismus im Wirtschaftsleben zu massiven und schwerwiegenden Freiheitsverlusten führen müßte; das gilt auch für die partielle Sozialisierung, deren machtpolitisch bedingte Tendenzen zur Vollsozialisierung immanent sind ⁶⁾.

IV.

Werner Sombart hat im Vorwort zur 7. Auflage von «Sozialismus und sozialistische Bewegung» unwidersprochen den Satz geschrieben: «Es gibt nur einen lebendigen Sozialismus in unserer Zeit: den Marxismus. Gerade auch während des Krieges und während der Revolutionen haben die Proletariate aller europäischen Länder bei Karl Marx geschworen». Man kann diesen kurz nach dem ersten Weltkrieg geschriebenen Satz unter den heutigen Umständen vielleicht bezüglich seines europäischen Geltungsbereiches mit einem Fragezeichen versehen, — aber im Grundsätzlichen hat er seine Gültigkeit auch für die sozialistische Bewegung und Partei in der Schweiz. Die Geschichte und Entwicklung der sozialistischen Bewegung und Partei, die

⁶⁾ Vgl. zu diesem ganzen Abschnitt die gründliche und ausgiebig dokumentierte Studie «Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?» von Prof. Dr. W. A. Jöhr, Professor an der Handels-Hochschule St. Gallen. Francke, Bern 1948.

vorwiegend, wenn nicht fast ausschließlich, vom deutschen Marxismus her in die Schweiz hineingetragen und jahrzehntelang grundlegend vom deutschen und österreichischen Marxismus ideell genährt wurde, bietet dafür hundertfache Beweise (vgl. dazu die früheren Literaturhinweise). Und der Sozialismus in der Schweiz ist bis heute der marxistischen Grundlage treu geblieben. Das mußte auch der holländische Sozialist Jef Last erfahren, als er im Jahre 1946 eine Vortragsreise durch die Schweiz unternahm, um darzulegen, daß die holländischen Sozialisten einen entscheidenden Schritt getan hätten, indem sie die marxistische Lehre samt dem Klassenkampf-Prinzip aufgaben und somit aufhörten, Sozialisten im eigentlichen Sinne zu sein. Aus der schweizerischen sozialistischen Presse tönte es ihm im Chor entgegen: *«Wir bleiben Marxisten!»*

Die sozialistische Presse unseres Landes hielt die gleiche Linie inne, als sich im Februar 1948 die Proklamation des «Kommunistischen Manifests» zum hundertsten Male jährte. Auch damals wurde wiederum das «Kommunistische Manifest» und mit ihm der dialektische Materialismus als unabdingbare Grundlage gewürdigt. Ein durch fast die ganze sozialistische Presse gehender Cliché-Artikel der Gewerkschaftskorrespondenz feierte damals die «bleibende Bedeutung» des Kommunistischen Manifests, das als eine «gewaltige geschichtliche Tat» bezeichnet wurde. Wohl wurde an den wirtschaftspolitischen Leitsätzen der Mehrwerttheorie und der Verelendungstheorie etwelche Kritik geübt und erklärt, sie seien «teilweise vom Zahn der Zeit zernagt» worden und hinsichtlich des einzuschlagenden Weges korrekturbedürftig. Aber am kommunistischen Endziel wurde kein Jota kritisiert. Der Aufruf zum 1. Mai 1948, den die SPS damals erließ, würdigte allem voran die Bedeutung des kommunistischen Manifests als «Grundlage für die Bildung der sozialistischen Arbeiterbewegung» — und erst im zweiten Absatz hieß es dann: «1848 ist auch das Geburtsjahr der neuen Verfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft...». Diese Reihenfolge und das verräterische Wörtlein «auch» sagen mehr als viele Worte, welches Element von den Verfassern dieses «Mai-Aufrufes» als wichtiger und bedeutsamer betrachtet wurde. Und so war es denn sicher auch kein Zufall, wenn der Maibändel 1948 als Inschrift den Schlußappell des «Kommunistischen Manifests» trug: «Proletarier aller Länder vereinigt euch!»

Kurz zuvor hatte am 17./18. April in Bern ein außerordentlicher Parteitag der SPS stattgefunden, von welchem man in weiten Kreisen eine klare Abgrenzung der SPS gegen den Marxismus und dem darauf basierenden Kommunismus erwartete. Die Erwartungen wurden enttäuscht, denn in sieben reichlich gewundenen Leitsätzen wurde nach bewährter Manier zwischen den Problemen hindurch laviert und wieder einmal erfolglos versucht, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß

zu machen. Wurden damals die gewundenen «Leitsätze zur internationalen Lage und zur Politik der SPS» viel kommentiert, so blieben die kürzeren, präziseren und vielsagenderen «Leitsätze zum Wiederaufbau der Internationale» leider wenig beachtet. Und doch verdiente insbesondere die zweite These volle Aufmerksamkeit; sie lautet:

«Der Parteitag beschließt, die SPS solle in Zukunft ihre Bemühungen fortsetzen für die Förderung der Verständigung und Zusammenarbeit aller sozialistischen Parteien auf einer sozialistischen Grundlage und im Geiste des proletarischen Internationalismus. Das gilt insbesondere für die Zusammenarbeit der sozialistischen Bewegung Osteuropas».

Den eindrücklichsten Kommentar zu dieser These bildet die Tatsache, daß zur Zeit ihrer Proklamation im April 1948 die «sozialistische Bewegung Osteuropas» bereits praktisch ausschließlich aus kommunistischen Parteien und Organisationen bestand; — und die weitere Tatsache, daß der Verfechter dieser Thesen vor dem Parteitag niemand anderer war als Jules Humbert-Droz, der bis zur Auflösung der Komintern im Jahre 1943 ein integraler Kommunist und Mitglied der Komintern war. Und als publizistisches Echo dieses Parteitages und seiner Leitsätze verkündete die sozialistische Presse anderntags: «Unsere Farbe bleibt rot — wir bleiben Marxisten!»⁷⁾

V.

Der eben erwähnte außerordentliche Parteitag vom 17./18. April 1948 in Bern hat übrigens einmal mehr das *Dilemma des Sozialismus* auch in der Schweiz gegenüber dem Kommunismus und der kommunistischen Sowjetunion samt ihren Satellitenstaaten grell beleuchtet. Es geht hier nicht um die außenpolitische Seite dieses Dilemmas, sondern ausschließlich um seine Beziehung zur Frage nach dem «Demokratischen Sozialismus». Grundlegend dafür ist und bleibt das Geständnis Robert Grimms:

«In Theorie und Ziel gibt es zwischen Kommunismus und Sozialismus keinen Gegensatz. Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats. Sein Ziel ist die Aufhebung des Privateigentums an den Produktions-

⁷⁾ Die vielbeachtete Schrift eines Linkspolitikers «Der Weg der schweizerischen Sozialdemokratie» (Schloßverlag, Aarburg 1948) knüpft an den «peinlichen Eindruck» dieses Parteitages an. Gerade die heftigen Angriffe der sozialistischen Presse gegen Schrift und den anonymen Verfasser (dessen Herkunft als sozialistischer Parlamentarier sie allerdings nicht leugnen konnte) machen die aufschlußreiche Schrift um so lesenswerter.

mitteln. Seine Methode ist der Klassenkampf des Proletariats. Als Lehre stimmen Sozialismus und Kommunismus überein. Es handelt sich um zwei verschiedene Worte für ein und denselben Begriff. Die Grundlage beider ist das Kommunistische Manifest. Worin sich Sozialisten und Kommunisten heute unterscheiden, das ist die Beurteilung des Wegs, der zum Ziele führt und der Bedingungen, unter denen sich der Befreiungskampf der Arbeiter vollzieht».

Diese fundamentalen Sätze stehen in Robert Grimms «Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz» (Seite 217); sie wurden im Jahre 1931 geschrieben, als in Rußland der Kommunismus seine terroristische Diktatur bereits vierzehn Jahre lang ausübte! Es wird kaum angehen, zu behaupten, der Kommunismus habe sich seither grundlegend geändert, denn sein Gesicht ist nach wie vor das gleiche, nur seine Methoden haben sich inzwischen — mehrfach! — gewandelt. Aber in den Methoden waren sich Sozialisten und Kommunisten ja schon vorher nicht einig! Wichtiger ist die Erklärung von der Identität der Begriffe, der Theorie und der Zielsetzung, und zwar ausdrücklich auf der Grundlage des «Kommunistischen Manifests». Das war im Jahre 1931!

Seither hat sich in diesem Verhältnis nichts geändert. Obwohl doch auch den Sozialisten in der Schweiz längst der durch und durch demokratiefeindliche, diktatorisch-terroristische und totalitäre Charakter des russischen Kommunismus hätte klar werden können, wurde nach wie vor die bolschewistische Revolution und ihr Urheber Lenin in sozialistischen Kreisen frenetisch gefeiert. So veranstaltete der Bildungsausschuß der SP der Stadt Zürich am 22. Januar 1944 eine «Lenin-Gedenkfeier» mit dem späteren PdA-Kommunisten Rosenbusch als Referenten, die in der Presse wie folgt angekündigt wurde:

«Zürcher Arbeiter! Heraus zur wuchtigen Gedenkfeier für den großen sozialistischen Kämpfer und Führer des internationalen und russischen Proletariats, W. I. Lenin. — Heraus zu einer gewaltigen Kundgebung für die Freiheit, für den Sozialismus«. (Vgl. das Inserat im «Tagblatt der Stadt Zürich» vom 22. Januar 1944.)

Und wenige Monate später, im November 1944, feierte die SP der Stadt Zürich den Jahrestag der russischen Revolution unter dem Motto «Der Freiheit entgegen» (vgl. «Volksrecht» vom 4. November 1944), wobei Jules Humbert-Droz die Ansprache hielt, die bolschewistische Revolution als «Weckerin der russischen Seele» feierte und erklärte, der sozialistische Aufbau in Rußland zeige, «daß die sozialistische Planwirtschaft der kapitalistischen Wirtschaft turmhoch überlegen»

sei. Und weiter erklärte Humbert-Droz, es seien «im Zuge des sozialistischen Aufbaues die Klassengegensätze in der Sowjetunion verschwunden und der Sozialismus zur Sache des ganzen Volkes geworden», so daß bei der Gestaltung der Nachkriegszeit «die Sowjetunion als Macht des sozialen Fortschritts auftreten» werde! Darauf folgten die damals üblichen Hiebe gegen die angeblich «profaschistische Politik der Schweiz im Verhältnis zu Sowjetrußland». Und als zweiter Redner dieser russischen Revolutionsfeier erklärte der heutige Zürcher Oberrichter Dr. Werner Stocker laut «Volksrecht»:

«Was vor 27 Jahren in Rußland auf russische Art erkämpft wurde, muß bei uns auf schweizerische Art erkämpft werden vom arbeitenden Volk!»

Noch einmal — all' das geschah und wurde gesagt, als man bei uns auch im sozialistischen Lager längst über das wahre Gesicht des russischen Kommunismus durchaus im Bilde war, oder doch hätte sein können und müssen. Es kann hier verzichtet werden auf Zitate aus all' den sozialistischen Parteiversammlungen und Kundgebungen jener Zeit, da es um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Sowjetrußland ging, obwohl dabei immer wieder die sozialistische Sympathie für das bolschewistische Rußland durchbrach. Das änderte sich auch nach dem Kriegsende nicht so bald und im sich immer mehr zuspitzenden Gegensatz zwischen West und Ost wichen die maßgebenden sozialistischen Parteiführer einer klaren Entscheidung bisher aus. Typisch für dieses Lavieren ist ein Vortrag, den Parteisekretär Humbert-Droz am 16. Dezember 1947 vor der Delegiertenversammlung der SP Zürich hielt und aus dem das «Volksrecht» in Nr. 296 vom 17. Dezember 1947 folgende bezeichnende Sätze festhielt:

«Genosse Jules Humbert-Droz lehnt es entschieden ab, den Westblock als «Block der Demokratie» und den Ostblock als «Block der Diktatur» zu bezeichnen. Es gibt im Westblock mehrere Staaten, wie Argentinien, Franco-Spanien und Griechenland, auf die der Begriff Demokratie wie die Faust aufs Auge paßt. In den Staaten des Ostblocks herrscht ebenfalls keine politische Demokratie. Aber ebenso steht fest, daß in den Ländern des Ostblocks die Macht der Großgrundbesitzer gebrochen ist, daß Gruben, Olfelder, Schlüsselindustrien und Banken sozialisiert sind. Es handelt sich somit nicht um einen Kampf zwischen Demokratie und Diktatur, wohl aber um einen Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus».

Und noch im März 1948 hielt derselbe Referent den fast gleichen Vortrag an einer SP-Parteiversammlung in Arbon, woraus die «Thur-

gauer Arbeiterzeitung» Nr. 62 vom 13. März 1948 folgende illustrative Sätze festhielt:

«Der Ostblock ist auch nicht einfach mit der faschistischen Diktatur gleichzusetzen. Auch wenn dort die persönlichen Freiheitsrechte nicht garantiert und nicht gewährleistet sind, hat Rußland und haben die Länder Osteuropas gewaltige soziale Umwälzungen mitgemacht. Die russische Revolution hat den Arbeitern viel mehr Recht gegeben als die bürgerlichen Revolutionen».

Diese Zitate und Beweise, die sich beliebig vermehren ließen, illustrieren einmal mehr die historische Tatsache, daß *wirklicher Sozialismus eben im Marxismus wurzelt* und deshalb *immer auf dem Wege zum Kommunismus ist*. Das gilt auch für den Sozialismus in der Schweiz, der es deshalb bis heute sorgfältig vermieden hat, eine klare Grenzlinie gegenüber dem Kommunismus zu ziehen; er kann es auch gar nicht, solange er in der marxistischen Doktrin und im dialektischen Materialismus befangen ist und deshalb mit dem Kommunismus am selben Wurzelstock sitzt. Aus demselben Grunde aber bleibt der «demokratische Sozialismus» ein ungelöstes Problem; — und die immanente Sympathie des Sozialismus für den offen diktatorisch und terroristisch auftretenden Kommunismus ist nur eine Auswirkung dieser Unlösbarkeit.

* * *

Das zweite für die Beantwortung der uns beschäftigenden Frage bedeutsame *Dilemma besteht zwischen sozialistischem Radikalismus und Reformismus*, und es ist kein Zufall, daß die Frage, ob der heutige Sozialismus in der Schweiz reformistisch oder revolutionär sei, die sozialistische Publizistik gerade in den Jahren seit dem Ende des zweiten Weltkrieges immer wieder ausgiebig beschäftigt hat. Das vorläufige Ergebnis dieser offenbar noch lange nicht abgeschlossenen intern-sozialistischen Auseinandersetzung läßt sich im wesentlichen dahin zusammenfassen:

Der Sozialismus an sich und auch die sozialistische Bewegung und Partei in der Schweiz ist und bleibt revolutionär, und zwar in dem Sinne, daß ein grundlegender Umbau von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Geiste des Sozialismus das Endziel bildet. Über den Weg, der zu diesem Ziele führen soll, gehen die Meinungen auseinander, doch darf gelten, daß die überwiegende Mehrheit der maßgeblichen Kräfte für den «Weg der Demokratie» eingenommen ist, während die alten «Berufsrevolutionäre» nur noch über einen sehr geringen Anhang verfügen dürften, den Marx selber etwa als «Mist-

gabel-Revolutionäre» bezeichnet haben würde. Der Grund dafür braucht nicht weit gesucht zu werden, denn die freiheitliche Demokratie, wie sie in der Schweiz verwirklicht ist, bietet dem Sozialismus ausreichende Möglichkeiten, um zahlreiche seiner Postulate auf legal-demokratischem Wege durchzusetzen, so daß er in diesem Stadium der Auseinandersetzung auf «revolutionäre Kampfmethoden» im alten Sinne verzichten kann⁸⁾.

Ganz anders stellt sich die Frage, wenn man die Taktik der modernen Revolution ins Auge faßt. Die modernen Revolutionen pflegen sich nicht mehr auf Barrikaden, mit stürmenden Massen, gefällten Bajonetten und blutrünstigen Proklamationen abzuspielen. Solche Revolutionsvorstellungen sind heute als reichlich veraltet, ja geradezu naiv zu betrachten, und es kann als sicher angenommen werden, daß die realistisch-kühl rechnenden sozialistischen Revolutionsstrategen darüber ebenso denken. Revolutionen gelten heute nicht mehr so sehr der Machtübernahme, als vielmehr der Ausübung einer möglichst auf demokratisch-legalem Wege eroberten Macht zur Umwälzung vorangegangener Zustände und zur Vernichtung der sie stützenden Kräfte. Nach diesem Rezept ist die nationalsozialistische Revolution durchgeführt worden, und die kommunistischen Parteien in den östlich-«volksdemokratischen» Satellitenstaaten Sowjetrußlands beeilten sich, nicht hinter ihrem braunen Vorbild zurückzustehen.

In diesem Sinne ist die Proklamierung des «demokratischen Sozialismus» wörtlich zu nehmen. Damit erhebt sich aber auch die Frage, was nach der Erreichung dieses Zieles, also nach Erreichung einer sozialistischen Mehrheit und im Zuge der Verwirklichung des Sozialismus mit der Demokratie geschehen soll. Hierüber gibt die bereits früher erwähnte Doppelnummer 1/2 vom September/Oktober 1943 der «Roten Revue», welche dem wichtigen Winterthurer Parteitag vom 4./5. September 1943, der Vorbereitung der Nationalratswahlen 1943 und der Propagierung der «Neuen Schweiz» gewidmet war, erschöpfend und deutlich genug Auskunft; die folgenden Zitate sind — soweit nicht anders vermerkt — dieser Nummer 1/2 der «Roten Revue», 23. Jahrgang, 1943/44, entnommen.

Die in dieser Nummer der «Roten Revue» zusammengefaßten Aufsätze prominenter sozialistischer Parteiführer sind durchaus geeignet, das Schicksal der Demokratie nach einer sozialistischen «Machtergreifung» erkennen zu lassen. Friedrich Schneider tönt es schon in seinem Beitrag über «Die Einheit der politischen Arbeiterbewegung» an, indem er schreibt:

⁸⁾ Vgl. dazu die Auseinandersetzungen zwischen Dr. Hugo Jordi, Benedikt Kautzky u. a. in den Nrn. des «Volksrecht» vom 5. Mai, 11. Mai, 22. Mai, 25. Mai, 1. und 2. Juni 1948.

«In Westeuropa zog die sozialistische Arbeiterschaft, mehr oder weniger vom friedlichen Geist der Demokratie beeinflusst, angesichts der ungeheuren, in den Verhältnissen liegenden Widerständen das Wenige, das sie im legalen Kampfe der Bourgeoisie abgerungen hatte, der revolutionären Ungewißheit vor. Um das Linsengericht sozialer Reformen verschenkte sie den Willen zur Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft, zur sozialen Revolution und deren Früchte».

Daraus ist unverkennbar das Bedauern darüber herauszulesen, daß der «friedliche Geist der Demokratie» weite Kreise der sozialistischen Arbeiterschaft dazu «verführt» habe, anstatt die sozialistische Revolution nur noch soziale Reformen anzustreben, und es folgt daher der Appell, sie müsse «die vom Kriege herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise ausnutzen, um die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft zu beschleunigen». Wie das geschehen soll, verrät dann der ehemalige Lehrer und spätere Parteijournalist Max Schärer in seinem anschließenden Aufsatz «Zur Einheit — zum Ziel». Er geht davon aus, «daß die Zeit zu den entscheidenden inneren Umgestaltungen reif» sei, und daß deshalb «die Arbeiterbewegung vor ihrer historischen Aufgabe» stehe, «eine sozialistische Ordnung von Staat und Wirtschaft» zu verwirklichen. Schärer bekennt sich dabei ausdrücklich zu der «von Karl Marx geschaffenen materialistischen Geschichtsbetrachtung» und erklärt im Brustton der Überzeugung, daß wo sozialistisches «Denken und politisches Handeln den konsequenten Weg des Marxismus geht, da können wir nicht irren»!

Dann kommt das für unsere Fragestellung Entscheidende: Der Reformismus, als der Weg der demokratischen Auseinandersetzung und der sozialen Errungenschaften durch demokratisch-legale Mittel wird abschätzig als «Kampf um das Teewasser» bezeichnet, der zwar die Arbeiterschaft zur Schicksalsgemeinschaft zusammenschmiede, aber niemals Endzweck sei. All' das habe nur die Bedeutung, «die eigene Gefolgschaft materiell lebenskräftig zu erhalten und ideell das Vertrauen aller Werktätigen zu erringen». Aller Reformismus habe nur den Sinn, eine sichere Mehrheit des Volkes für die sozialistische Machtergreifung zu gewinnen; im übrigen bleibe er im Erfolg auf das sozialistische Endziel hin «fragwürdiges Stückwerk». Und Schärer verrät gleich auch noch, was dann kommen soll, was nach Reformismus und der Erringung der Volksmehrheit auf demokratischem Wege folgen soll und unabänderlich folgen würde; wenn «der Tag der sozialistischen Machtergreifung» gekommen wäre:

«An diesem Punkt setzt nun die revolutionäre Phase des Kampfes ein. Die Überwindung der alten Mißstände kann nur durch den restlosen, totalen Einsatz gegen die bisherigen Machthaber geführt werden. Als letztes Glied in der Kette der Klassenkämpfe führt ein Umsturz zur klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft. Darum ist aller Kampf um den Sozialismus in seinem innersten Wesen revolutionär.

Man verwechsle aber die Etappen der Marschtabelle nicht! Die Vorbedingung für alles weitere ist die Mehrheit des Volkes. Diese haben wir durch Agitation, durch konsequente Politik zu erringen. Das ist die erste entscheidende Aufgabe... Diesen demokratischen Kampf um das eigene Volk haben wir Tag für Tag bis zum Erfolg zu führen, damit erst schmieden wir eine sich ihrer Sendung bewußte Arbeiterklasse. Durch sie gelangen wir ans Ruder. In diesem Augenblick aber beginnt der letzte Streit mit den konservativen Kräften. Dann ist der Moment zur Revolution gekommen».

Diese scharf formulierten Sätze aus einer bedeutungsvollen Propaganda-Nummer der offiziellen sozialistischen Monatsschrift «Rote Revue», als deren Herausgeber die SPS zeichnet, lassen nicht mehr den geringsten Zweifel darüber, wohin der «Weg des demokratischen Sozialismus» führen soll; und sie bestätigen damit Wort für Wort die oben gemachten Ausführungen und Ableitungen aus den grundlegenden Kernsätzen des Marxismus. All' das ist übrigens gar nicht neu; es ist außerhalb des Sozialismus nur allzu leicht vergessen worden. Was Robert Grimm 1931 (in «Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz») nur andeutete für den Fall, daß sich die «Bourgeoisie» ihrer Enteignung durch den zur Macht gelangten Sozialismus widersetzen sollte, das sagte zwölf Jahre später Max Schärer vor den Nationalratswahlen 1943 mit schonungsloser Offenheit.

Das ist die vollständige Demaskierung des «demokratischen Sozialismus», der die Demokratie (wie auch den Reformismus) nur als Weg zum sozialistischen Endziel, als Mittel zum revolutionären Zweck benützen will, um auf demokratischem Wege «ans Ruder» zu kommen und dann die sozialistische Revolution von oben her mit den Machtmitteln des Staates durchzuführen.

In den beiden Dilemmen, in welche eine krisenhafte Entwicklung den Sozialismus auch in unserem Lande geführt hat, sowohl im Dilemma zwischen Kommunismus und freier Marktwirtschaft, wie auch im Dilemma zwischen Radikalismus und Reformismus überwiegen die radikalen Tendenzen mit aller Deutlichkeit. Im Kampf gegen den Kapitalismus erblickt der Sozialismus trotz aller gegenteiliger Beurteilungen im Kommunismus den marxistischen Bruder, dem er nicht etwa wegen seiner terroristischen Diktatur und totalen Freiheitsvernichtung, sondern nur wegen der «Spaltung der Arbeiterschaft» und der daraus resultierenden «Schwächung der sozialistischen Stoßkraft» zürnt. Und im «Kampf zur Überwindung der alten Mißstände» erblickt der Sozialismus im sich demokratisch gebärdenden Reformismus nur den «Kampf um das Teewasser», gut genug, um die Gefolgschaft materiell lebenskräftig zu erhalten, ideell an den Sozialismus zu binden und zu einer «Schicksalsgemeinschaft der Werktätigen» zusammenzuschmieden, — aber untauglich als Endzweck. Denn dieser Endzweck ist und bleibt die *revolutionäre Verwirklichung des Sozialis-*

mus, nicht revolutionär im «Mistgabelsinne», sondern revolutionär im Sinne der totalen Ausnützung der auf demokratischem Wege erlangenen Macht. Zwei letzte Zitate mögen dies noch einmal illustrieren. Am 12. Januar 1943 schloß die «Berliner Tagwacht» eine Artikelserie unter dem Titel «Der Weg zum Sozialismus» mit folgendem Geständnis ab:

«Zusammenfassend wäre zu erklären: Der Weg zum Sozialismus ist die Revolution; ob sie nun demokratisch oder gewaltmäÙig oder sonst in irgend einer Form vollzogen wird, hängt von den Umständen ab (demokratische Reife). Ist die Demokratie zweckdienlich, so muß ihr der Vorzug gegeben werden».

Das zweite Zitat stammt von Nationalrat Dr. Hans Oprecht, Präsident der SPS, der als Führer des «marxistisch-opportunistischen Zentrums» in vorderster Linie maßgebend ist für das Lavieren zwischen Kommunismus und Reformismus, ohne daß jedoch dabei die Endziele des marxistischen Sozialismus preisgegeben würden. Oprecht unternahm zusammen mit Bringolf auf Einladung der Sozialistischen Parteien Ungarns und der Tschechoslowakei im Juli 1946 eine Reise in diese beiden Länder, die schon damals hinter dem eisernen Vorhang lagen und in denen sich schon damals die Aufrichtung der kommunistischen Diktatur — nicht zuletzt dank der tatkräftigen Mithilfe linkssozialistischer Mitläufer — immer deutlicher abzeichnete. Nach seiner Rückkehr schilderte er in Nr. 170 des «Volksrecht» vom 23. Juli 1946 seine Reiseeindrücke unter dem Titel «Hinter dem eisernen Vorhang», wobei er nicht versäumte, so zu berichten, welch' ein Erlebnis es für ihn und Bringolf bedeutet habe, als sie in Ungarn bei Massenversammlungen «besonders herzlich von den Kommunisten begrüßt» worden seien. Doch, was uns hier besonders interessiert, ist folgendes Geständnis:

«Die politische Lage in der Tschechoslowakei ist im übrigen ähnlich wie in Ungarn; die vier herrschenden Parteien bilden die sog. Nationale Front, andere Parteien werden nicht zugelassen. Im Rahmen der Nationalen Front werden von den vier Parteien die entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Fragen geklärt und entschieden. Die Regierung stützt ihre ganze Politik auf diese Entscheidungen; das Parlament legalisiert nachträglich die getroffenen Vereinbarungen. Auf diese Weise geht in der Tschechoslowakei und in Ungarn eine Wandlung vor sich: von der liberalen zur sozialen Demokratie».

Es lohnt sich, dieses Geständnis langsam und gründlich Wort für Wort zu lesen und zu studieren. Dann weiß man mit abschließender Klarheit, wie bei uns die «soziale Demokratie» nach der Machtergrei-

fung des Sozialismus aussehen würde. Und dann weiß man auch, daß es keinen «demokratischen Sozialismus» in dem Sinne gibt noch geben kann, dem wir in der Schweiz den Begriff Demokratie geben. Wohl könnte man sich einen «demokratischen Sozialismus» denken, der die marxistische Doktrin aufgegeben, der dialektischen Geschichtsauffassung entsagt und dem Klassenkampfprinzip abgeschworen hätte. Aber das wäre dann eben kein Sozialismus in der wahren Bedeutung dieses Begriffes mehr.

GEDANKEN ZUR WEHRFINANZIERUNG

Die Unsicherheit, die der kommunistische Imperialismus über die Welt gebracht hat und die seit dem Krieg in Korea die Demokratien des Westens zu einer beschleunigten Wiederaufrüstung nötigt, zwingt auch unser Land zur Verstärkung seiner militärischen Bereitschaft. Niemand zweifelt an ihrer Dringlichkeit; das Rüstungsprogramm mit seinen 1,46 Milliarden Franken zusätzlichen Wehrausgaben, wie der Bundesrat es anfangs Februar bekanntgegeben hat, begegnet keiner ernsthaften Opposition.

Im Moment, da wir uns anschicken, diese neuen schweren Verpflichtungen auf uns zu nehmen, ist ein *Rückblick* auf die Opfer angebracht, die unser Volk auf sich genommen hat, seitdem mit dem ersten Weltkrieg die große Unruhe und die vielerlei Gefahren über Europa und die Schweiz in seinem Herzen gekommen sind. Die Mobilmachung der Jahre 1914 bis 1918 kostete 1,2 Milliarden Franken. Die Kriegsschuld war im Jahre 1932 abgetragen. Aber schon das Jahr darauf zwang die Störung des politischen Gleichgewichtes in Europa den Bund neuerdings zu größerer Bereitschaft. Damals gaben die Sozialdemokraten ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen das Militärbudget und die Maßnahmen zur Landesverteidigung auf. Daß das ganze Volk den Ernst der Lage begriffen hatte und zu den unerläßlichen Opfern bereit war, bekundete es schon in der *Mitte der Dreißigerjahre* mit der Verlängerung der Dienstdauer in Friedenszeiten, mit der Bewilligung des finanziell schwerwiegenden Rüstungsprogrammes und mit der starken Überzeichnung der Wehranleihe.

Dann kam der *zweite Weltkrieg*. Er beanspruchte für die militärische und wirtschaftliche Landesverteidigung 10,5 Milliarden; die militärische allein kostete 7 650 Millionen Franken. Binnen knapp